

(A) Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Koran-Verteilung durch Salafisten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet vom Abgeordneten Timke.

Bitte, Herr Timke!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Wie häufig haben Salafisten in den letzten zwölf Monaten den Koran in deutscher Sprache in Bremen oder Bremerhaven verteilt, und lagen für die jeweiligen Verteilungsaktionen behördliche Genehmigungen vor? Bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen!

Zweitens: Welche Erkenntnisse liegen den Sicherheitsbehörden über die Geldgeber vor, die diese Verteilungsaktionen finanziert haben?

Drittens: Aus wie vielen Mitgliedern besteht die salafistische Szene im Bundesland Bremen aktuell, und wie hat sich diese Szene sowohl personell als auch im Hinblick auf ihre ideologische Ausrichtung in den letzten zwölf Monaten entwickelt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

(B) **Senator Mäurer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der salafistisch geprägte Kultur- und Familienverein führte in Bremen in den letzten zwölf Monaten insgesamt fünf genehmigte Informationsstände durch, bei denen Korane, aber auch Informationsflyer zum Kultur- und Familienverein selbst verteilt wurden. In Bremerhaven wurden insgesamt sechs Verteilaktionen für die Innenstadt von Bremerhaven behördlich genehmigt. Durchgeführt wurden sie von Personen mit Kontakten zum salafistischen Spektrum.

Zu Frage 2: Die Infostände in Bremerhaven und Bremen können der sogenannten LIES!-Kampagne von Abou Nagie und dem Netzwerk „Die wahre Religion“ zugeordnet werden. Die Finanzierung der Kampagne erfolgt nach jetzigem Kenntnisstand hauptsächlich über Spenden und den Verkauf von Koranen an Muslime.

Zu Frage 3: Dem Salafismus werden in Deutschland zurzeit circa 4 500, davon in Bremen circa 350, Personen zugerechnet. In Bremen gibt es zwei Moscheen, das Islamische Kulturzentrum e. V. und den Kultur- und Familienverein, in denen salafistische Ideologien vertreten werden. Über ihre zahlreichen Propagandaaktivitäten versuchen Salafisten, vor allem junge Menschen in salafistische Netzwerke einzubinden. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Bürgerrundfunk und Microsoft**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat mit Blick auf die Zugänglichkeit des Bürgerrundfunks für alle Bürgerinnen und Bürger auch nach Schließung der zentralen Studios, dass der Bremer Bürgerrundfunk „Radio Weser.TV“ im April 2013 die bisher plattformübergreifende Zugangssoftware für Livesendungen per ISDN- oder Internetverbindung durch eine ausschließlich mit dem Betriebssystem Windows 7/8 zu betreibende Software ersetzt?

Zweitens: Welche Gründe gibt es für dieses Vorgehen?

Drittens: Welche Kosten und welcher personelle, technische oder organisatorische Aufwand sind mit den genannten Veränderungen für die Bremische Landesmedienanstalt und für die Nutzerinnen und Nutzer des Bürgerrundfunks verbunden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

(D) **Staatsrat Dr. Joachim:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Auf der Grundlage des Bremischen Mediengesetzes veranstaltet der Bürgerrundfunk unter dem Programm „Radio Weser.TV“ im Land Bremen je ein Radio- und ein Fernsehprogramm. Aus Kostengründen wurden zum Jahreswechsel 2009/2010 die früheren Räumlichkeiten des Bürgerrundfunks in Findorff aufgegeben. Seit dem 1. Januar 2010 können Hörfunksendungen in den dezentralen Studios im Kulturzentrum Lagerhaus, in der Medienwerkstatt Huchting, im Helene-Kaisen-Nachbarschaftshaus und in der Musikschule Bremen produziert werden.

Ferner besteht die Möglichkeit, mit einem Windows-Computer aus einem privaten Homestudio zu senden. Hiervon machen derzeit 43 Nutzerinnen und Nutzer Gebrauch. Darüber hinaus können sogenannte Radio-Kits ausgeliehen werden. Diese Radio-Kits beinhalten neben einem Laptop auch ein Tonmischpult, ein Mikrofon und einen Kopfhörer. Mit der Software für die Homestudios und die Radio-Kits kann direkt auf die UKW-Frequenz des Bürgerrundfunks zugegriffen werden.

Aus Gründen der Betriebssicherheit musste die Software neu entwickelt werden: Die Bremische Landesmedienanstalt brema hat aus Kostengründen nur für das verbreitetste Betriebssystem, Windows, eine Neuprogrammierung beauftragt. Der Landesrund-

(A) funkausschuss hatte die Investitionen vor der Beauftragung genehmigt. Da nahezu alle Nutzerinnen und Nutzer der Homestudio-Lösung mit Windows arbeiten möchten beziehungsweise Parallelinstallationen vornehmen, sieht der Senat auch mit Blick auf die vorhandenen dezentralen Hörfunkstudios und das Angebot der Radio-Kits keine wesentliche Einschränkung.

Zu Frage 3: Nach wie vor gibt es für die Nutzerinnen und Nutzer des Bürgerrundfunks die Möglichkeit, in einem der öffentlichen Studios, in einem Homestudio oder mit einem Radio-Kit Sendungen zu produzieren. Auch ein Apple-Computer kann genutzt werden, dann müssen eine Parallelinstallation von Windows oder andere technische Möglichkeiten eingesetzt werden. Die Entwicklung einer weiteren Software-Version, zum Beispiel für das Apple-Betriebssystem, hätte nach ersten Schätzungen der Landesmedienanstalt mit rund 5 000 Euro zu Buche geschlagen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie sagen, was die eigentliche Software-Entwicklung gekostet hat? Sie haben soeben gesagt, die Erweiterung beziehungsweise die Umstellung würde 5 000 Euro kosten.

(B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Joachim: Die Information, die wir von der Landesmedienanstalt bekommen haben, wird von mir so interpretiert, dass die gesamte Änderung 5 000 Euro gekostet hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Als Sie es vorgelesen haben, habe ich es anders verstanden. Können Sie sagen, was eine Parallelinstallation für Nutzer anderer Betriebssysteme kostet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Joachim: Nachdem wir uns auch dort kündigt gemacht haben, rechnen wir mit 120 bis 150 Euro für entsprechende Software-Programme und den damit verbundenen zusätzlichen Aufwand für die Nutzer.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Da der Bürgerrundfunk ja für die freie Nutzung aller Bürgerinnen und Bürger offen sein soll – Sie haben jetzt im Grunde die Frage für die bestehenden Nutzer beantwortet –

würden Sie den Eindruck teilen, dass diese Veränderung zumindest für potenzielle Nutzer, zu denen nach unseren Wünschen ja auch Schüler und Studenten gehören, eine neue Zugangsbeschränkung bedeuten würde und den Zugang komplizierter macht als bisher?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Joachim: Es stellt in gewissem Maße sicherlich eine Beschränkung dar, aber man muss sich dabei auch vor Augen führen, dass das Betriebssystem Windows zurzeit von 92 Prozent aller Anwender genutzt wird. Mit den entsprechenden Möglichkeiten der Radio-Kits und so weiter kann man meines Erachtens nicht von einer wesentlichen Einschränkung sprechen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Hamann!

Abg. **Hamann** (SPD): Herr Staatsrat, ich habe etwas Probleme mit Ihrer Aussage zu den 92 Prozent. Wir reden auch über die Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum, obwohl nur ein bestimmter Anteil der Bevölkerung betroffen ist, deshalb ist das meines Erachtens kein Argument.

Ich möchte aber auf etwas anderes hinaus: Es gibt eine Open-Government-Data-Strategie, die wir mit der Bremer Empfehlung verabschiedet haben. Darin steht sinngemäß, dass wir eine Barrierefreiheit haben möchten, also dass alles auch für alle Betriebssysteme gleichermaßen zugänglich gemacht wird. Wenn es um solche Entwicklungen geht, stimmen Sie mit mir darin überein, dass der Ansatz, der hier gewählt worden ist, dann nicht optimal ist und dieser Strategie etwas widerspricht?

(D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Joachim: Ich habe soeben ja beschrieben, dass es durchaus diverse Möglichkeiten gibt, auch andere Betriebssysteme zu nutzen. Dass es meines Erachtens letztendlich auch eine zu vertretende Einschränkung ist, habe ich konstatiert. Man wird in der weiteren Entwicklung nicht nur auf technischer Ebene, sondern auch auf programmlicher Ebene sicherlich noch einmal schauen müssen, welche Möglichkeiten man in Zukunft hat. Das sind aber Themen, die intensiv im Medienrat beziehungsweise im Medienausschuss zu diskutieren sind.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage trägt die Überschrift „**Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abge-